

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmitt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39  
Telex: 8 86 846 pbbn d

## Inhalt

Barbara Simons MdEP verurteilt die von der deutschen Energielobby in Südafrika geplante Energiekonferenz: Bonn ist „weggetaucht“.

Seite 1

Manfred Reimann MdB fordert in Erinnerung an die Sandoz-Katastrophe vor einem Jahr: Den Umweltschutz durch Mltbestimmung sicherer machen.

Seite 3

Florian Gerster MdB zieht ein Resümee von Gesprächen zum deutsch-amerikanischen Verhältnis: Partner, die ihre Beziehung den veränderten Bedingungen anpassen müssen.

Seite 4

Brigitte Wimmer erläutert den Quoten-Beschluß der baden-württembergischen SPD: Frauen auf dem Vormarsch.

Seite 6

42. Jahrgang / 212

5. November 1987

### Südafrika-Politik der Bundesregierung bleibt unglaubwürdig

Massive Proteste konnten VGB-Tagung in Johannesburg nicht verhindern

Von Barbara Simons MdEP

Südafrika-Sprecherin der Sozialistischen Fraktion im Europäischen Parlament

Mit faulen Ausflüchten hat sich die Bonner Regierung um eine Entscheidung in dem sich anbahnenden Skandal um die internationale Energie-Tagung in Südafrika gedrückt. Sie ist „weggetaucht“, wie schon häufig, wenn sie gegenüber dem Apartheid-Regime Stellung zu beziehen hatte.

Trotz massiver bundesweiter und internationaler Proteste führt die Technische Vereinigung der Großkraftwerksbetreiber e.V. (VGB), Essen, ab kommenden Montag in Johannesburg unter dem Motto „Südafrika 1987“ ihre Sondertagung durch. Die Vielzahl der Interventionen zur Verhinderung dieser Konferenz hat - enttäuschend für alle Engagierten - nicht zum Erfolg geführt, hingegen hat der staatliche südafrikanische Energiekonzern ESCOM, Mitglied der VGB und seit Jahren um diese Konferenz bemüht, sein Ziel erreicht. Die Veranstaltung bietet der Botha-Regierung eine willkommene Gelegenheit, ihr Image aufzupolieren. Die VGB hat sich dem Wunsch nach einer Einladung nicht verschlossen und macht sich nun zum Werkzeug der südafrikanischen Staatspropaganda.

Bei aller Enttäuschung über diese neuerliche Schlappe der bundesdeutschen Südafrika-Politik verdient die Aktion zur Verhinderung dieser Konferenz Anerkennung. Selten zuvor haben sich Gruppen des öffentlichen Lebens in solcher Einmütigkeit gegen einen einzelnen südafrikapolitischen Skandalfall zur Wehr gesetzt. Kirchliche und gewerkschaftliche Initiativen, der Einsatz der Anti-Apartheid-Bewegung, Aktionen von SPD-Gremien auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene sind der Gruppe der SPD-Abgeordneten im Europäischen Parlament gefolgt, die zu diesem Protest als erste aufgerufen hatten. Denn Kontaktpflege zu Südafrika in der durch die Konferenz praktizierten Weise verstößt gegen Wortlaut und Geist der von den EG-Außenministern im September 1985 gegenüber Südafrika beschlossenen Maßnahmen. Dazu zählt eben auch das „Abhalten von wissenschaftlichen... Veranstaltungen, sofern diese nicht zur Beseitigung der Apartheid beitragen...“.

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217  
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag,  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50  
mtl. zuzügl. Mwst und Versand.

Kreisverleger Christoph  
von Weizsäcker-Rohlfing  
Bonn



Der anhaltende Protest hat zwar die Konferenz nicht verhindert, sie aber ins Kreuzfeuer gerechter Kritik gebracht und etliche im Programm vorgesehene Teilnehmer zum Verzicht auf Mitwirkung bewegt. Die Aktion hat damit ein Beispiel für zukünftiges Handeln gesetzt. Im Gegensatz zur VGB und deren Mitgliedsverbänden RWE und VEW, die grundsätzlich und aus wirtschaftlichem Interesse an der Tagung festhalten, ist die politische Fragwürdigkeit andernorts erkannt und entsprechend gehandelt worden. So fürchteten beispielsweise die Stadtwerke Bremen AG eine Schädigung ihres Ansehens durch Geschäftsbeziehungen zu Südafrika; die Teilnahme an der Konferenz in Johannesburg wurde daher von vornherein nicht in Erwägung gezogen. Auf Druck des Senats haben die Hamburger Elektrizitäts-Werke AG und nach Intervention des Oberbürgermeisters die Stadtwerke Düsseldorf AG ihre Referenten zurückgezogen und die Beteiligung abgesagt.

Die VGB rechtfertigt das Festhalten an der Tagung damit, daß die Vorbereitungen seit drei Jahren liefen und zum Zeitpunkt der Entscheidung die „jetzt im Vordergrund stehenden politischen Aspekte nicht derart öffentlichkeitswirksam“ gewesen seien. Diese Aussage ist hilflos, instinktiv und außerdem falsch: Im Jahre 1984 wurde durch Verfassungsänderung der Ausschluß der schwarzen Bevölkerung von der politischen Macht zementiert; die Regierung siedelte wie bereits vorher und auch jetzt noch im großen Stil Schwarze in Homelands um; auch 1984 wurden bei Übergriffen von Polizei und Militär zahlreiche Oppositionelle verhaftet, viele Widerstandskämpfer verloren ihr Leben. Gegen diese Ereignisse hat die Weltöffentlichkeit energisch Protest erhoben. Davon die Augen zu verschließen, wie es die VGB tut, heißt Menschenleben und Menschenrechte aus wirtschaftlichem Kalkül abzuschreiben.

Die VGB argumentiert weiter, die Südafrikakonferenz biete „den Vertretern aus der deutschen Energiewirtschaft die Möglichkeit, die als vorbildlich angesehenen Maßnahmen zur Luftreinhaltung im Kraftwerksbereich einem internationalen Fachpublikum vorzustellen“, und führt letztlich an, die Sondertagung stelle keinen Beitrag zur Unterstützung der Apartheid dar. Ob solche Veranstaltungen für den technischen Fortschritt von Nutzen sind, ist eine zweitrangige Frage. Hier geht es allein um die politische Bedeutung. Zusammenarbeit mit dem südafrikanischen Regime ist immer Unterstützung der Apartheid-Politik und richtet sich daher gegen die Bevölkerungsmehrheit in Südafrika.

Die Bundesregierung hat zwar in Beantwortung einer SPD-Anfrage im Bundestag die Frage aufgeworfen, „inwieweit solche länderübergreifenden Treffen ausgerechnet in Südafrika stattfinden müssen“, konnte aber angeblich die VGB nicht an der Durchführung hindern. Weil bei der Bonner Regierung Südafrika ein Tabu-Thema geworden ist, erklärte sie sich für nicht zuständig, da es sich bei der VGB um eine private Vereinigung handle. Dabei hätte sie es in der Hand gehabt, mit entschiedenerem Vorgehen ein Zeichen zu setzen. Sie hätte sich auf den Beschluß der EG-Außenminister beziehen und der VGB klar machen müssen, daß die Durchführung der Energietagung in Johannesburg dem Ansehen der Bundesrepublik Schaden zufüge und das rassistische Regime in Pretoria unerlaubt aufwerte. Es klingt nicht glaubhaft, wenn Außenminister Genscher in Angola die Apartheid verurteilt und auf der Basis der UN-Sicherheits-Resolution 435 eine Lösung für Namibia finden will, sich aber in Bonn nicht einmal bei der Einhaltung der EG-Südafrika-Beschlüsse durchsetzen kann.

Bundeskanzler Kohl wird in den kommenden Monaten Gelegenheit haben, der Weltöffentlichkeit zu beweisen, daß er bei der Beseitigung der Apartheid mitzuwirken gedenkt. Im Dezember besucht er Mocambique. Dort, vor der Haustür Bothas, wird er sich nicht mit folgenlosen Erklärungen begnügen können und deutlich sagen müssen, wie er den südafrikanischen Widerstand und die Frontstaaten im südlichen Afrika unterstützen will. Im ersten Halbjahr 1988 übernimmt die Bundesregierung die Ratspräsidentschaft der EG. Sie hat damit die Verantwortung für die gesamte EG-Politik, darunter auch für die Fortschreibung der gemeinsamen Südafrika-Politik. Es ist ihr dringend zu raten, sich die Forderungen des Europäischen Parlaments und der Paritätischen Versammlung AKP-EGW nach effektiven Maßnahmen gegen Südafrika zu eigen zu machen. Die EG muß zumindest mit den Sanktionen des Anti-Apartheid-Act der Vereinigten Staaten gleichziehen. Dies beinhaltet, die bisher gefaßten Beschlüsse als bindendes Recht in allen Mitgliedstaaten zu erlassen und ein Importverbot für Kohle und Barrengold aus Südafrika zu verhängen. Die EG-Maßnahmen sind zu kontrollieren und Verstöße gegen sie zu sanktionieren. Nur so kann Druck auf die südafrikanische Minderheitenregierung ausgeübt werden. Alles andere ist Komplizenschaft mit dem Apartheidregime. (-/5.11.1987%vo-he/rs)

\* \* \*



Den Umweltschutz durch Mitbestimmung sicherer machen  
-----  
Konsequenzen aus Sandoz und anderen Vorfällen ziehen

Von Manfred Reimann MdB

Die chemische Industrie ist seit längerem in den Mittelpunkt öffentlicher Auseinandersetzungen gerückt, obwohl sie unterm Strich gerechnet mehr Vorteile als Nachteile bietet. Chemische Produkte haben zweifellos unser tägliches Leben verändert und in vielen Fällen angenehmer und sicherer gemacht.

Aber das heißt nicht, daß wir uns nicht auch mit den Nachteilen der chemischen Produktion auseinandersetzen müssen. Störfälle wie im Chemiewerk Sandoz, aber auch in der Bundesrepublik, bei Unfällen, bei der Lagerung, beim Transport gefährlicher Güter etc. haben die Probleme der Chemie stärker in das Bewußtsein der Öffentlichkeit gerückt. Die Menschen sind immer weniger bereit, unkritisch die Gefahren der chemischen Produktion für Mensch und Umwelt in Kauf zu nehmen.

Obwohl wir Sozialdemokraten gegen einen Ausstieg aus der Industriegesellschaft sind, müssen wir doch auf einen Umstieg hinarbeiten. Die Umsatzzahlen der chemischen Industrie und die damit verbundenen enormen Gewinne lassen diesen Umstieg auch zu.

Um ein gutes Beispiel zu zitieren: Die BASF in Ludwigshafen wird in den nächsten zehn Jahren zwei Milliarden Mark in den Umweltschutz investieren und so sichere Arbeitsplätze und verbesserte Umweltbedingungen schaffen. Sicher hätte die BASF auch eine andere Form der Gewinnverwendung, aber das gesellschaftliche Überleben macht diese Investitionen notwendig.

Deshalb ist auch die Aussage von Umweltminister Töpfer, daß die Katastrophe von Sandoz einen „heilsamen Schock“ ausgelöst hat, schlimm. Denn wenn es einer solchen Schockwirkung bedarf, um den Menschen auf die umweltbedrohenden Probleme aufmerksam zu machen, beziehungsweise Verantwortliche aktiv werden zu lassen, dann wäre es in der Tat schlimm um uns bestellt.

Zum Glück gibt es in unserer Gesellschaft genug Menschen, engagierte Arbeitnehmer ebenso wie junge Menschen, die ohne Schockwirkung öffentlicher Skandale für die Erhaltung und Verbesserung der Umwelt täglich eintreten.

Deshalb fordere ich, daß Umwelt- und Sicherheitsfragen nicht mehr länger nur den Vorständen der chemischen Industrie überlassen bleiben, sondern mehr Mitbestimmungsrechte der Belegschaften und der Betriebsräte eingeführt werden. Kaum einer in der chemischen Industrie hat mehr Interesse am Umweltschutz als der Arbeitnehmer, denn dies ist die Sicherung seines Arbeitsplatzes und seiner Lebensgrundlage. Verantwortungsvolle Produktion und Umweltschutz gehören für ihn zusammen.

Dies schließt nicht aus, daß neben der Eigenüberwachung durch die Firmen auch außerbetriebliche Überwachungsstellen (Gewerbeaufsicht) personell aufgestockt werden müssen, um bestehende Gesetze zu kontrollieren und zu überwachen. Außerbetriebliche Überwachungsstellen und -behörden mehr zum Zuge kommen zu lassen, ist sicherlich damit zu begründen, daß im Falle eines Unfalles, den wir dann Restrisiko nennen, die Menschen in der Gesellschaft nicht nur Betroffene sind mit eventuellen gesundheitlichen Schäden, sondern auch noch die Zeche zahlen müssen. Mehr als 100 Milliarden Mark hat das Umweltbundesamt zur Schadenbeseitigung pro Jahr ausgewiesen.

(-/5.11.1987/vo-he/rs)

\* \* \*



Partner, die ihre Beziehung den veränderten Bedingungen anpassen müssen

Ein Resümee von Gesprächen zum deutsch-amerikanischen Verhältnis in den USA

Von Florian Gerster MdB

Die Vereinigten Staaten im Herbst 1987: gerezte Stimmung, Beanstandung der Lastenverteilung im Bündnis, Forderungen an die Europäer und insbesondere die Westdeutschen. Abkoppelungsängste auf beiden Seiten. Erwartung einer strategischen Wende im westlichen Bündnis, die die Rolle von Atomwaffen neu beschreibt. Hoffnungen auf die Überwindung des „atomaren Dilemmas“ mittels eines angeblich technisch möglichen Schutzschirms (SDI) oder kernwaffenfreier Zonen und Korridore in Europa. Massive Haushaltsprobleme, Börsenkrach an der Wall Street, (versteckte) Drohungen mit Truppenabzug aus der Bundesrepublik, aktueller und sehr realer Abbau von zivilen Arbeitsplätzen für deutsche Arbeitnehmer bei den US-Streitkräften in Europa. Klage über den „Zollverein“ Europäische Gemeinschaft, die den freien Welthandel behindert. Und über die „verteidigungsmüden“ Europäer, die zu wenig Geld für Militär, zuviel aber für Reisen und Luxusautos ausgeben und diese gar noch in die Staaten exportieren.

Einige Streiflichter aus Gesprächen deutscher Bundestagsabgeordneter mit Kongreßabgeordneten sowie maßgeblichen Repräsentanten aus State Department (verständnisvoll), Pentagon (fordernd und vorwurfsvoll), Abrüstungsbehörde und nationalem Sicherheitsrat:

Abzug von Mittelstrecken – INF-Vertrag:

- Warum müssen atomare Mittelstreckenraketen unbedingt auf deutschem Boden stehen? (Staatssekretär Ikie im Pentagon zu bundesdeutschen Abkoppelungsängsten).
- Der INF-Abbau ist eine Rückkehr zur strategischen Situation vor dem NATO-Doppelbeschluß 1979.
- Eine „nukleare Leiter“ mit allen Sprossen von der atomaren Gefechtsfeldwaffe bis zur Interkontinentalrakete ist unnötig, denn: Atomwaffen sind politische Waffen!

Abzug amerikanischer Truppen aus Westeuropa?

- Das Prinzip der amerikanischen Präsenz ist die eigentliche „Kopplung“ amerikanischer und europäischer Bündnisinteressen, nicht die Stationierung von Atomwaffen.
- 250.000 amerikanische Soldaten in der Bundesrepublik sind keine „magische Zahl“.
- Forderungen nach einer Reduzierung der Truppenpräsenz in Europa kommen inzwischen auch von der amerikanischen Rechten.

Burden sharing – Verteilung der Verteidigungslasten:

- Einerseits: „Die Westdeutschen geben zu wenig für Verteidigung aus und fahren (alle) Mercedes“.
- Einerseits: „Die Westdeutschen lassen uns im Golf allein.“
- Andererseits: Zu den realen Verteidigungslasten in der Bundesrepublik gehören die Wehrpflicht und die Akzeptanz von 400.000 ausländischen Bündnissoldaten durch die westdeutsche Bevölkerung, die 4.000 militärische Einrichtungen und Liegenschaften in Anspruch nehmen und an rund 5.000 Übungen jährlich auf bundesdeutschen Straßen, auf Übungsplätzen und in der freien Natur beteiligt sind.



- Andererseits: Die zusätzlichen Betriebskosten durch die Stationierung in Europa liegen nach amerikanischen Schätzungen bei zwei Milliarden Dollar pro Jahr - eine Verlegung dieser Truppen würde zunächst Unsummen kosten und den Verteidigungsetat in den Vereinigten Staaten kaum entlasten...

Wer etwas näher hinschaut, stellt erfreuliche Differenzierungen in der Inneramerikanischen Bündnisdebatte fest. So hat der Vorsitzende des Verteidigungsausschusses im Senat, Sam Nunn, in einer Rede in Brüssel im Frühjahr dieses Jahres europäische Vorschläge aufgegriffen, die mit dem sozialdemokratischen Konzept „gemeinsame Sicherheit“ gut zusammenpassen. Er entwickelte die Vision militärisch verdünnter Zonen in Europa ohne Massenvernichtungswaffen und bewegliche, gepanzerte Verbände auf beiden Seiten der Bündnisgrenzen. Ein solcher Abbau beiderseitiger Bedrohung könnte dann auch zum Verzicht der NATO auf die Option des Ersteinsatzes mit Atomwaffen im Verteidigungsfall führen.

Henry Kissinger forderte in Artikeln seine Landsleute auf, „den Volkssport, auf Europa einzuschlagen, zu beenden“. Und der amerikanische Botschafter in Bonn, Richard Burt, erwies sich in einer öffentlichen Auseinandersetzung mit der Abgeordneten Pat Schröder als ein verständnisvoller Freund der Deutschen. Er schilderte die Verteidigungslasten, die die bundesdeutsche Bevölkerung seit Jahrzehnten im eigenen und im Bündnis-Interesse erträgt und fragte die Abgeordneten aus Colorado rhetorisch, ob denn wohl die amerikanischen Bürger zum Ertragen vergleichbarer tatsächlicher Lasten bereit seien.

Die spürbare Gereiztheit in den amerikanisch-europäischen und amerikanisch-bundesdeutschen Beziehungen erklärt sich aus dem Widerspruch zwischen wirtschaftlicher Konkurrenz zwischen den Vereinigten Staaten und Europa einerseits und sicherheitspolitischer Abhängigkeit der europäischen Alliierten von der westlichen Vormacht andererseits. Die Gereiztheit spiegelt darüber hinaus ein zunehmendes inneramerikanisches Nachdenken über die europäische Rolle der Vereinigten Staaten, dessen Ergebnis noch kaum absehbar ist.

Fazit: Vieles ist im Fluß, die tatsächlichen Veränderungen vollziehen sich zur Zeit mehr in den beiderseitigen Einstellungen und Wahrnehmungen. Wir Europäer sind gut beraten, wenn wir die Beziehungen zu den Vereinigten Staaten nicht durch aggressive Schuldzuweisungen oder defensives Leugnen von unterschiedlichen Interessen belasten. Die Vereinigten Staaten, die Bundesrepublik Deutschland und die anderen europäischen Partner des westlichen Bündnisses werden Partner und Freunde auch in den nächsten Jahrzehnten bleiben - die gemeinsamen Grundlagen und die konkrete Ausgestaltung der Verbindung müssen aber immer wieder überprüft und den geänderten Verhältnissen angepaßt werden.

(-/5.11.1987/va-he/rs)

\* \* \*



**Frauen auf dem Vormarsch**

-----  
Eine Erläuterung des Quoten-Beschlusses der SPD Baden-Württemberg

Von Brigitte Wimmer

Stellvertretende SPD-Landesvorsitzende Baden-Württemberg

Die baden-württembergische SPD hat auf ihrem kleinen Parteitag in Leinfelden-Echterdingen beschlossen, daß die innerparteilichen Quoten so geändert werden sollen, daß

- die Wahlvorschläge für Funktionen einen Anteil von mindestens 40 Prozent eines jeden Geschlechts umfassen und daß
- die Führungsgrößen der Partei bei der Ausarbeitung von Wahlvorschlägen für Mandate darauf dringen, daß mindestens 40 Prozent eines jeden Geschlechts vertreten sind.

Darüber hinaus soll geprüft werden, ob zur Gleichstellung von Frauen und Männern bei der Verteilung von Mandaten bestehende Wahlsysteme geändert werden müssen und welche möglichen neuen Systeme die Verwirklichung des Gleichstellungsziels garantieren.

Damit haben die baden-württembergischen Sozialdemokraten ihren bisherigen Kurs bekräftigt, den Frauenanteil in wichtigen Mandaten und Funktionen deutlich zu vergrößern. Besonders erfreulich ist, daß hier durch die Einsicht aller Beteiligten auch ohne den Zwang einer Quotierung in Baden-Württemberg bereits viel erreicht wurde.

So besteht die baden-württembergische Gruppe der SPD-Bundestagsabgeordneten zu einem Drittel aus Frauen, bei den Europa-Abgeordneten stellen sie sogar die Hälfte. Jüngstes Indiz für den wachsenden Einfluß in der Partei: über 43 Prozent der Delegierten beim kleinen Parteitag in Leinfelden-Echterdingen waren Frauen.

Zur politischen Gleichberechtigung muß aber auch die wirtschaftliche kommen.

Deshalb fordern wir von den Männern auch in der eigenen Partei: Gebt die Hälfte der gesellschaftlichen Arbeit und der Erwerbsarbeit ab an uns Frauen - wir schenken Euch dafür die Hälfte der Zeit der Kindererziehung und der Familienarbeit. Erwerbsarbeit von Frauen und Familienarbeit von Männern allein schafft noch keine Gleichberechtigung, aber ich danke, es ist eine wichtige Voraussetzung dafür.

(-/5.11.1987/vo-he/rs)

\* \* \*

